

# Konjunktur und Krise

Wissenschaftliches Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften  
bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

7. Jahrgang

1963

Heft 4

## Der Reproduktionsprozeß des Kapitals im Spiegel der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

ROBERT KATZENSTEIN

Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit um einen ersten Versuch, die von der westdeutschen Statistik zusammengefaßten Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die marxistische politökonomische Forschung nutzbar zu machen. Das Ziel der Arbeit ist es noch nicht, diese volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehend zu analysieren und für unsere Zwecke neu aufzubereiten.

Es sollen zunächst nur bestimmte Größenvorstellungen über die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, die Bedeutung des Staates als Umverteilungsinstrument und als Konsument von Nationaleinkommen und über die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Verbrauches gewonnen werden.

Die Untersuchung wurde vor allem deshalb durchgeführt, weil es sich als notwendig erwies, analysierte Einzel- oder Teilprozesse, z. B. den Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals, auch größenmäßig in den Rahmen des Gesamtproduktionsprozesses einzuordnen, um ihre Bedeutung exakter einschätzen zu können. Das erwies sich deshalb als notwendig, weil man unter dem Eindruck der bei Einzeluntersuchungen gewonnenen Ergebnisse sehr leicht geneigt ist, diese Prozesse in ihrer Bedeutung für den Gesamtverlauf über- oder unterzubewerten. Es soll daher der Versuch unternommen werden, die Glieder des Gesamtproduktionsprozesses — soweit erfaßbar — größenmäßig und in ihrem Zusammenhang darzustellen.

Von vornherein muß bemerkt werden, daß es sich bei den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit keinesfalls um exakte Größen, sondern nur um Größenvorstellungen handelt. Es war vorläufig noch nicht möglich, das westdeutsche statistische Zahlenmaterial so aufzubereiten, daß ein genaues Bild der objektiven Prozesse sichtbar wird. Außerdem werden auch nur sehr zusammengefaßte Größen sichtbar. Diese Größen sollen später noch weiter untergliedert werden, um die verästelten Beziehungen des Reproduktionsprozesses des Kapitals in Westdeutschland noch genauer herausarbeiten zu können.<sup>1</sup> Ob diese Arbeit in Angriff genommen wird und wie weit sie durchgeführt werden kann,

<sup>1</sup> Diese Arbeit wird gleichzeitig eine weitere Überprüfung und bessere Einschätzung des Aussagewertes der Kennziffern der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglichen.

hängt einmal von dem vorhandenen, aber doch schon recht reichhaltigen statistischen Material ab, zum anderen aber auch davon, ob die absehbaren Ergebnisse den Arbeitsaufwand rechtfertigen.

Es ist recht schwierig, ein der Wirklichkeit annähernd entsprechendes Bild des geschlossenen Kreislaufs der ökonomischen Prozesse und ihrer Zusammenhänge aus dem westdeutschen Zahlenmaterial abzuleiten. Statistisches Material ist zwar reichlich vorhanden, aber es ist lückenhaft und in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in einer Art aufbereitet, die diese Prozesse eher verschleiert als sichtbar macht. Die Monopolbourgeoisie hat zwar ein Interesse daran, die Produktionszusammenhänge zahlenmäßig zu durchleuchten, zugleich will sie aber die dabei sichtbar werdenden Produktionsbeziehungen der Menschen klassenindifferent gestalten.

Als Grundlage, oder besser gesagt als Rahmen einer solchen kreislaufartigen Darstellung des Gesamtprozesses, kann nur das Kontensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienen, weil nur hier die Beziehungen des Reproduktionsprozesses einigermaßen umfassend und zusammenhängend ausgewiesen werden. Anderes statistisches Material kann vorläufig nur herangezogen werden, um die hier gegebenen Kennziffern, zu einem Teil wenigstens, zu überprüfen und gegebenenfalls auch weiter aufzugliedern.<sup>2</sup> Bei der Verwendung der Angaben des Kontensystems ergeben sich zunächst Schwierigkeiten zweierlei Art.

Die erste betrifft den Inhalt und die Aussagekraft der im Kontensystem verwendeten Kennziffern. Inhaltsmäßig stellen die jeweiligen Positionen keineswegs den zahlenmäßig exakten Ausdruck der objektiven ökonomischen Kategorien dar, die man eigentlich hinter ihnen vermuten könnte. Eine Neuberechnung dieser Kennziffern erfordert so umfangreiche Spezialuntersuchungen, daß sie hier nicht vorgenommen werden konnte. Daher wird auch weitgehend die in der westdeutschen Sozialproduktsberechnung übliche Bezeichnung der Positionen beibehalten, um von vornherein den Eindruck auszuschalten, es handele sich tatsächlich um die Darstellung objektiver ökonomischer Kategorien. Zugleich ist es notwendig, den Grad der Aussagekraft der wichtigsten Kennziffern durch einige Hinweise näher zu umreißen.<sup>3</sup>

Das konstante Kapital (*c*) wird in bezug auf die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts durch die Positionen „Abschreibungen“ (*cf*) und „Verbrauch für die lfd. Produktion“ (*cz*) dargestellt.

Die Abschreibungen werden von den westdeutschen Statistikern nach einem angenommenen verbrauchsbedingten Prozentsatz geschätzt. Es handelt sich dabei um einen Erfahrungswert, der durchaus brauchbar ist, um den durch-

<sup>2</sup> Wir legen unseren Berechnungen soweit als möglich das Zahlenmaterial der Abschnitte „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ in den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik zugrunde. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (BRD), herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, Verlag W. Kohlhammer GmbH., Stuttgart, 1961, S. 536ff. und 1962, S. 556ff. Wo andere Quellen herangezogen wurden, werden sie gesondert zitiert.

<sup>3</sup> Auf die Schwierigkeiten der statistischen Erfassung und Aufbereitung und die daraus herrührende Begrenzung der Aussagekraft der Kennziffern gehen wir hier nicht ein. Vgl. dazu „Wirtschaft und Statistik“ (WiSta), W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, 1957, Heft 3, S. 126ff.

schnittlichen Umschlag des fixen Kapitals während eines Zyklus abzuschätzen. Über den tatsächlichen Verlauf des Ersatzprozesses sagt er nichts aus, da er die vielfachen Einflüsse nicht erfaßt, denen dieser Prozeß unterliegt. Er reicht jedoch aus, um für den untersuchten Zeitraum Anhaltspunkte über den Umfang der Neuinvestitionen und daher auch der Kapitalakkumulation zu gewinnen.

Die Kennziffer „Verbrauch für die lfd. Produktion“ ist stark überhöht, vor allem durch Doppelzählungen in der Zirkulationssphäre. Ferner enthält diese Position aber auch Profit- bzw. Mehrwertsbestandteile; es handelt sich dabei um individuelle Konsumtion der Kapitalisten — steuerlich absetzbarer und nicht unter „Investitionen“ verbuchter privater Verbrauch — sowie um Gebühren etc., die im Zusammenhang mit der Produktion und Zirkulation an den Staat abgeführt werden. Der letztere Teil wurde von uns ausgesondert und dem Nationaleinkommen zugeschlagen. Die Position bleibt dennoch stark überhöht. Einen Eindruck von dem Grad der Überhöhung vermittelt ein Vergleich mit der entsprechenden Position in der Statistik der Deutschen Demokratischen Republik. Der Anteil des Materialverbrauchs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt beträgt in der DDR rd. 40 Prozent, der entsprechende des „Verbrauchs für die lfd. Produktion“ in Westdeutschland dagegen rd. 66 Prozent.

Annähernd zu ermitteln ist das variable Kapital (*v*). Das der Kennziffer „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ zugrunde liegende Quellenmaterial läßt auf eine befriedigend genaue Schätzung schließen. Diese Position enthält jedoch noch eine Fülle von Mehrwertbestandteilen. Dazu gehören die abzuführenden Steuern, die Einkommen parasitärer Schichten, umverteilte Profitbestandteile in Form des Lohnes der Hausangestellten und schließlich die „Löhne“ der Direktoren, Generaldirektoren u. ä. Diese Mehrwertbestandteile, bis auf den letzteren Teil, der aber nicht unterschätzt werden darf,<sup>4</sup> fallen aus der Rechnung heraus, wenn man das „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ allein für den Sektor „Unternehmen“ berechnet. Man erhält dann einen, freilich noch immer überhöhten, zahlenmäßigen Ausdruck des in der westdeutschen Volkswirtschaft angewandten variablen Kapitals.

Der Mehrwert (*m*) wird durch das staatliche Einkommen und die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ dargestellt. Dabei könnte die letztere Position, netto berechnet, zugleich den Profit zum Ausdruck bringen.

Die Gesamtsumme der staatlichen Einnahmen — und auch der Ausgaben — kann als verhältnismäßig exakt angesehen werden. In den Einzelpositionen werden manche Prozesse verschleiert. Diese Aussagen beziehen sich auf die in den Tabellen der vorliegenden Arbeit angeführten Kennziffern. Die Position „Staatsverbrauch“ der westdeutschen Sozialproduktsberechnung ist nicht verwendbar — wir werden darauf noch zurückkommen.

<sup>4</sup> Z. B. machten die Bezüge der Direktorien, Vorstände und Geschäftsführungen, alleine der Hoesch AG im Geschäftsjahr 1962 weit über 4 Mill. DM aus. Vgl. Die Wahrheit, Westberlin, vom 17. 8. 1963, S. 7. Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man den Anteil dieser Einkommen am „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ auf rund 10 Prozent schätzt. Vgl. dazu die Steuerstatistik des Statistischen Jahrbuch für die BRD, a. a. O., 1961, S. 444 ff.

Die Kennziffer „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ ist absolut ungenügend. Sie bringt allenfalls zum Ausdruck, welcher Teil des Profits, im Interesse der Brauchbarkeit der Gesamtrechnungen und der Glaubwürdigkeit dieser Position selbst, nicht verschleiert werden konnte. Die Kennziffer beruht auf einer Schätzung auf der Grundlage der Steuerunterlagen. Alle nicht steuerwirksamen Profitbestandteile fallen also bereits von vornherein aus ihr heraus. Der Hinweis, dies werde durch einen Zuschlagssatz ausgeglichen, soll dieser Schätzung wohl mehr den Mantel der Wissenschaftlichkeit verleihen als ihrer Exaktheit dienen. Ferner enthält diese Position auch noch das Einkommen von Millionen einfacher Warenproduzenten.

Wie stark die Kapitalrevenue unterschätzt worden ist, möge folgende vergleichende Rechnung für das Jahr 1960 zeigen. Umgerechnet auf den Kopf der „unselbständig Tätigen“ ergibt das „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“, einschließlich der Gehälter der Direktoren, Generaldirektoren usw. ein durchschnittliches Monatseinkommen von rd. DM 400,—. Das „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ abzüglich der Netto- und Vorratsinvestitionen ergibt, umgerechnet auf den Kopf der „selbständig Tätigen“, durchschnittlich monatlich eine individuelle Konsumtion von rd. DM 500,—. Schätzt man aus der Zahl der „selbständig Tätigen“ die der Kapitalisten heraus<sup>5</sup> und nimmt man für die verbleibenden einfachen Warenproduzenten, nichtkapitalistisch arbeitenden kleinen Händler usw. eine durchschnittliche monatliche Konsumtion von DM 400,— an, so verbleibt für die Kapitalisten je Kopf und Monat eine Konsumtion von rd. DM 960,— übrig. Dieser Betrag mag vielleicht als konsumierbares Monatseinkommen des kleinsten dieser Kapitalisten angemessen sein, als durchschnittliches konsumierbares Einkommen aller Kapitalisten ist er völlig ungenügend. Das ganze „Elend“ der Unternehmer wird noch so recht anschaulich, wenn man bedenkt, daß das gleiche Statistische Bundesamt, das die dieser Berechnung zugrunde liegenden Zahlen schätzte, das konsumierbare Monatseinkommen eines mittleren Arbeiterhaushalts mit DM 670,— angibt.<sup>6</sup> Schätzt man die individuelle Konsumtion der Kapitalisten auf den doppelten hier berechneten durchschnittlichen Monatsbetrag, so ergibt sich eine Minderbewertung des gesamten „Nettoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ im Jahre 1960 um rd. 12 Prozent.

Der Vergleich dieser ökonomischen Kategorien mit dem Inhalt der ihnen anscheinend entsprechenden Kennziffern offenbart charakteristisch die apologetische, die Ausbeutungsverhältnisse verschleiernde Seite der volkswirtschaftlichen

<sup>5</sup> Die Anzahl der Kapitalisten im Rahmen der „selbständig Tätigen“ ist nach der Zahl der industriellen Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 20 ha Nutzfläche, der handwerklichen Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, der Großhandelsbetriebe u. ä. ermittelt, die Zahl großer Einzelhändler ist überschlägig geschätzt. Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1961, S. 163, 191, 212 und 251. Es ergibt sich eine Zahl von rund 0,6 Mill. kapitalistischer Betriebe. Diese Schätzung bleibt natürlich sehr grob — allerdings nicht in größerem Maße, als auch die Schätzung des „Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ des Statistischen Bundesamtes —, aber sie reicht völlig aus, um eine Größenvorstellung zu vermitteln.

<sup>6</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1961, S. 524.

Gesamtrechnungen. Durch den Ausweis eines Teiles des Profits im „Verbrauch für die lfd. Produktion“ wird die Gesamtentwicklung des Nationaleinkommens (NE) verzerrt. Auf der einen Seite wird es durch die Einbeziehung der Bereiche der Zirkulation, Dienstleistungen, des Staates usw. zu hoch ausgewiesen. Auf der anderen Seite wird es durch die herausfallenden Profitbestandteile vermindert. Dadurch werden ganz spezifische relative Größen verfälscht ( $v:m$ ;  $v:NE$ ;  $m:NE$ ). In der gleichen Richtung wirken zusätzlich der verhältnismäßig genaue und durch Profitbestandteile überhöhte Ausweis des variablen Kapitals einerseits sowie der zu geringe und durch die Einkommen der einfachen Warenproduzenten etc. noch relativ verminderte Profit andererseits. Im Ergebnis unterscheiden sich das Einkommen aus Arbeit und der konsumierbare Teil der Kapitalrevenue nur noch unerheblich. Dadurch, daß große Teile des Mehrwerts als staatliche Einnahmen in Erscheinung treten und auch die Renten der Werktätigen über den Staat verteilt werden, erweckt man weiterhin den Eindruck, als werde dieser Teil des Mehrwerts im Interesse aller Klassen verwandt. Soweit die Verteilungsrechnung. In der Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens, die den kapitalistischen Charakter des Reproduktionsprozesses eindeutiger zum Ausdruck bringt, sind die verschiedenen Positionen so zusammengefaßt, daß der Ausbeutungsprozeß nicht sichtbar wird.

Die zweite Schwierigkeit bei der Darstellung des Reproduktionsprozesses des Kapitals an Hand des Materials der Gesamtrechnungen betrifft die Ermittlung der Größe des Nationaleinkommens. Es ist vorläufig noch unmöglich, die Bereiche der materiellen Produktion gesondert einigermaßen exakt zu erfassen.

Im Kontensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Bereiche, in denen das gesellschaftliche Produkt erzeugt wird, in drei Sektoren unterteilt: den Sektor „Unternehmen“, den Sektor „Staat“ und den Sektor „Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter“.<sup>7</sup> Alle drei Sektoren leisten nach der bürgerlichen Theorie einen Beitrag zum Nationaleinkommen. Die Fadenscheinigkeit dieser Theorie wird schon bei einfacher Durchrechnung der Konten deutlich, denn die letzteren beiden Sektoren sind zwar bei der Verteilungs- und Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens unerlässlich, bei der Entstehungsrechnung bilden sie jedoch eine willkürliche Konstruktion.

Der sogenannte Beitrag der „Privaten Haushalte“<sup>8</sup> zum Nationaleinkommen entpuppt sich als reine Doppelzählung, die keine echte Produktionsbeziehung repräsentiert. Ähnliches gilt, in etwas verschleierterer Form, auch für den Sektor „Staat“. Man stellt fest, daß der Staat sein sogenanntes „Produkt“ selbst ver-

<sup>7</sup>) Die Zusammensetzung des Sektors „Unternehmen“ wird weiter unten dargelegt. Der Sektor „Staat“ umfaßt die staatlichen Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und die Sozialversicherung. Bei den „Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“ handelt es sich um Organisationen, „deren Leistungen . . . nicht überwiegend gegen Entgelt verkauft werden“, also z. B. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine usw. Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, Heft 6/1960, S. 323. Wenn wir in den folgenden Ausführungen von den „Privaten Haushalten“ sprechen, so meinen wir stets diesen ganzen Bereich, also einschließlich der „Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“.

<sup>8</sup> Private Haushalte stets einschließlich Privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

braucht und diesen Verbrauch durch Einnahmen aus den anderen Sektoren — zum Teil auch durch Revenue aus staatlichen Betrieben — finanziert. Der „Beitrag“ des Sektors „Staat“ erscheint zwar nicht so offensichtlich als Doppelzählung wie der der „Privaten Haushalte“, aber auch der Staat entpuppt sich ebenso eindeutig nicht als Produzent, sondern als Verbraucher von Nationaleinkommen.

Die Sektoren „Staat“ und „Private Haushalte“ lassen sich — eben weil sie so willkürlich konstruiert sind — aus der Entstehungsrechnung leicht ausschalten. Die Kennziffer des Nationaleinkommens bleibt aber trotzdem überhöht, weil der Sektor „Unternehmen“ auch die Bereiche der Zirkulation und der Dienstleistungen umfaßt. Diese Bereiche lassen sich vorläufig noch nicht ausgliedern, wenn man Entstehung, Verteilung und Verwendung des Nationaleinkommens oder des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zusammenhängend darstellen will. Ein Anhaltspunkt über den Grad der Überhöhung läßt sich jedoch an Hand der Entstehungsrechnung des „Nettoinlandsproduktes zu Marktpreisen“<sup>9</sup> gewinnen.

Tabelle 1  
Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche  
zum Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen

Bereich	1950		1957		1960	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9530	12,0	14480	8,0	15820	6,7
2. Bergbau und Energiewirtschaft	4190	5,3	9920	5,5	10900	4,6
3. Verarbeitendes Gewerbe	33410	42,1	81620	45,4	109270	46,3
4. Baugewerbe (1.—4. insges.)	5230 (52360)	6,6 (65,9)	12140 (118160)	6,7 (65,6)	17620 (153610)	7,5 (65,2)
5. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5900	7,4	11910	6,6	15730	6,7
6. Handel (1.—6. insges.)	12090 (70350)	15,2 (88,6)	27910 (157980)	15,5 (87,7)	35770 (205110)	15,2 (87,0)
7. Banken und Versicherungen	2310	2,9	6370	3,5	9220	3,9
8. Wohnungsvermietung	1480	1,9	2830	1,6	4290	1,8
9. Sonst. Dienstleistungen <sup>a)</sup> Käufe v. Verwaltungsl. d. Unt. <sup>b)</sup>	4070 1140	5,1	10260 2510	5,7	13460 3440	5,7
Nettoinlandspr. insgesamt	79350	100	179950	100	235520	100

a) Abzüglich der Entgelte der Angestellten der „Privaten Haushalte und privaten Organisationen o. E.“

b) Diese Position ist nicht auf die Bereiche aufteilbar, sie ist jedoch, nach unserer Auffassung, dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen zuzurechnen.

<sup>9</sup> Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1962, S. 565f.

In dieser Tabelle sind die Sektoren „Staat“ und „Private Haushalte“ bereits ausgegliedert worden. Hinzugefügt wurden die „Käufe von Verwaltungsleistungen durch Unternehmen“, die in der westdeutschen Statistik aus dem Nationaleinkommen herausfallen, ihm aber unbedingt zugerechnet werden müssen. Als Bereiche der materiellen Produktion sind die Bereiche 1. bis 4. voll zu werten. In Anlehnung an die in der DDR übliche Praxis<sup>10</sup> zählen wir jedoch auch die Bereiche 5. und 6. zu dieser Sphäre. Man kann also sagen, daß das im Sektor „Unternehmen“ ausgewiesene Nationaleinkommen um etwa 12 bis 15 Prozent überhöht ist. Diese Überhöhung wird bei den weiteren Berechnungen nicht ausgeschaltet. Sie kennzeichnet, zusätzlich zu dem bereits weiter oben Gesagten, die bedingte Aussagekraft der Gesamtrechnungskennziffern.

Wenn wir weiterhin von Nationaleinkommen sprechen, so meinen wir stets die in Tabelle 1 ausgewiesene Größe bzw., in der Verwendungsrechnung, das entsprechende „Nettosozialprodukt zu Marktpreisen“.<sup>11</sup> Diese Größe kommt in ihrer Zusammensetzung der objektiven Kategorie Nationaleinkommen (= Neuwert) am nächsten. In ihr werden alle in der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sichtbar werdenden Teile des Nationaleinkommens ( $v + m$ ) erfaßt. Der in Westdeutschland gebräuchliche Begriff „Nationaleinkommen“ oder „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“ erfaßt dagegen jenen erheblichen Teil des Mehrwerts nicht, der dem Staat in Form der indirekten Steuern zufließt.

In den folgenden Tabellen wird die Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Nationaleinkommens wie auch des gesellschaftlichen Gesamtprodukts dargestellt. Der kreislaufartige Zusammenhang zeigt sich in der bilanzmäßigen Übereinstimmung zwischen der Entstehungsrechnung (Tabelle 2) und der Verwendungsrechnung (Tabellen 6 und 7); die geringen Differenzen der Endsummen ergeben sich aus der zwischen Produktion und Konsumtion liegenden „Umwandlung“ des „Nettoinlandsproduktes“ in das „Nettosozialprodukt“, die hier nicht besonders nachgewiesen wurde. Bei der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung wurde auf diesen bilanzmäßigen Zusammenhang verzichtet und nur die wichtigsten Prozesse ausgewiesen. Die Verteilungsrechnung verschleiert den typisch kapitalistischen Charakter des Reproduktionsprozesses in besonderem Maße. Die entsprechenden Tabellen (3a und b, 4a und b sowie 5) sollen nur die Bedeutung des kapitalistischen Staates in diesem Prozeß deutlicher

<sup>10</sup> Vgl. H. Koziolk, Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Nationaleinkommens, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1957 und A. Gläss und W. Barthel, Versuch einer Umrechnung der westdeutschen Sozialprodukts-Kennziffern auf die in der Deutschen Demokratischen Republik übliche Methodik der Nationaleinkommensberechnung, in: „Geld und Kredit“, Akademie-Verlag, Berlin, Heft 3/4, 1959, S. 262 ff.

<sup>11</sup> Das „Nettoinlandsprodukt“ unterscheidet sich vom „Nettosozialprodukt“ durch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt; d. h. dem „Nettoinlandsprodukt“ wird der Saldo zwischen den an Ausländer gezahlten Profiten, Löhnen, Gehältern usw. zugerechnet bzw. abgezogen, um zum „Nettosozialprodukt“ zu gelangen. Als Ausländer gelten die im Ausland lebenden Personen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir machen keinen Unterschied zwischen „Nettoinlandsprodukt“ und „Nettosozialprodukt“ (jeweils zu Marktpreisen), wenn wir vom Nationaleinkommen im Sinne der objektiven ökonomischen Kategorie sprechen, weil die Differenz so gering ist, daß sie nicht beachtet zu werden braucht.

kennzeichnen, die Tendenz der relativen Einkommensentwicklung andeuten und zusätzliche Möglichkeiten zur Auswertung der Verwendungsrechnung bieten.

Tabelle 2

Die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts  
und die Verteilung des Nationaleinkommens in Westdeutschland  
1950, 1957 und 1960, in Mill. DM

	1950	1957	1960
<b>I. Zusammensetzung d. gesell. Gesamtprodukts:</b>			
Käufe d. Unternehmen für die lfd. Produktion (cz)	178 540	397 310	501 350
Abschreibungen (cf) <sup>a)</sup>	9 660	17 530	21 920
Nationaleinkommen ( $v + m$ )	79 350	179 950	235 520
<b>Gesell. Gesamtprod. insges.:</b>	<b>267 550</b>	<b>594 790</b>	<b>758 790</b>
<b>II. Verteilung d. Nationaleinkommens:</b>			
1. Verteilte Einkommen aus unselbständiger Arbeit, brutto			
a) im Inland	35 320	82 400	107 730
b) an übrige Welt	10	140	200
<b>1. insgesamt:</b>	<b>35 330</b>	<b>82 540</b>	<b>107 930</b>
2. a) Verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen, brutto			
b) Umverteilte Gewinne d. Unternehmen m. eigener Rechtspers., brutto	4 280	10 980	14 530
c) Vert. Eink. aus Unternehmert. u. Verm. an übr. Welt abz. empf. Einkom. a. Unt. u. Verm. von übr. Welt <sup>b)</sup>	10	480	1 060
<b>2. insgesamt:</b>	<b>29 570</b>	<b>62 210</b>	<b>82 520</b>
3. Vert. Einkommen an den Staat			
a) Käufe v. Verwaltungsl. durch Unternehmen	1 140	2 510	3 440
b) Indirekte Steuern abz. Subventionen	12 560	29 330	38 120
c) Eink. d. Staates aus Unternehmert. u. Verm. abz. an Unternehmen gez. Zinsen	750	3 280	3 450
<b>3. insgesamt:</b>	<b>14 450</b>	<b>35 120</b>	<b>45 010</b>
<b>4. Indirekte Steuern an übr. Welt</b>	<b>—</b>	<b>80</b>	<b>60</b>

a) Vom Statistischen Bundesamt geschätzte verbrauchsbedingte Abschreibungen.

b) Es handelt sich hier um einen Saldo, der faktisch das Nationaleinkommen vermindert. Das Nationaleinkommen ist hier gewissermaßen in einer Übergangsphase der Berechnungen vom Nettoinlandsprodukt zum Nettosozialprodukt berechnet. Eine Berichtigung dieser Ungenauigkeit lohnt jedoch nicht, einerseits wegen der relativen Geringfügigkeit der Summe, zum anderen, weil es sich ja bei der Gesamtdarstellung nur um Annäherungswerte handelt.

Tabelle 3a

Die Einnahmen des westdeutschen Staates 1950, 1957 und 1960, in Mill. DM

Position	1950	1957	1960
1. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1 180	4 360	4 890
2. Indirekte Steuern	13 050	30 750	39 500
3. Verkäufe von Verwaltungsleistungen an Unternehmen	1 140	2 510	3 440
4. Steuern und laufende Übertragungen aus den unverteiltern Gewinnen d. Untern. m. eigener Rechtspers.	2 810	6 860	8 620
5. Vermögensübertragungen v. Untern.	40	110	300
6. Steuern u. lfd. Übertrag. v. privaten Haushalten <sup>a)</sup>	13 630	32 700	45 840
7. Verkäufe v. Verwaltungsl. an private Haushalte	720	1 400	1 850
8. Vermögensübertr. v. priv. Haush.	20	120	310
9. Lfd. Übertragungen v. d. übrigen Welt	270	1 280	2 700
Staatseinnahmen insgesamt:	32 860	80 090	107 450

<sup>a)</sup> Sozialversicherungsbeiträge u. ä.; zum Begriff „Übertragungen“ s. a. Wista, H. 6 und 10, 1960.

Tabelle 3b

Die Ausgaben des westdeutschen Staates 1950, 1957 und 1960, in Mill. DM

Position	1950	1957	1960
1. Subventionen an Unternehmen	490	1 420	1 380
2. Zinsen an Unternehmen	430	1 080	1 440
3. Vermögensübertr. a. Untern.	560	1 350	1 940
4. Verteilte Einkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>a)</sup>			
a) im Inland	7 040	14 660	18 140
b) an übrige Welt	0	50	90
5. Lfd. Übertragungen an private Haushalte <sup>b)</sup>	12 050	28 090	34 350
6. Vermögensübertr. an private Haushalte	—	410	1 580
7. Zinsen an übrige Welt	—	190	140
1. — 7. insgesamt	20 570	47 250	59 100
8. Lfd. Übertragungen an übrige Welt <sup>c)</sup>	1 050	3 940	6 030
9. Verbrauch von Waren und Dienstleistungen <sup>d)</sup>	8 260	15 180	23 020
10. Investitionen <sup>e)</sup>	2 060	5 850	8 990
Ausgaben insgesamt:	31 940	72 220	97 100
Einnahmeüberschuß:	920	7 870	10 350

<sup>a)</sup> Entgelt der beim Staat Beschäftigten, einschl. Sold und Verpflegung des Militärpersonals.

<sup>b)</sup> Renten, Pensionen, Kriegsoferversorgung, Geldleistungen der Krankenversicherung, Arbeitslosenhilfe u. ä.

<sup>c)</sup> 1950 zum größten Teil Abberufungen der USA aus dem ERP-Sondervermögen; später Wiedergutmachungsleistungen an Israel, in der Hauptsache jedoch staatliche Kapitalexperte.

<sup>d)</sup> Einschl. langlebiger militärischer Güter.

<sup>e)</sup> Ohne militärische Investitionen.

Tabelle 4a

Bruttoeinkommen der privaten Haushalte 1950, 1957, und 1960 in Mill. DM

Position	1950	1957	1960
1. Einkommen aus unselbständiger Arbeit			
a) von Unternehmen	35 320	82 400	107 730
b) vom Staat	7 040	14 660	18 140
c) von der übrigen Welt	50	260	1 240
d) von privaten Haushalten <sup>a)</sup>	1 660	3 160	3 880
1. insgesamt:	44 070	100 480	130 990
2. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>b)</sup>	25 280	50 750	66 930
3. Lfd. Übertragungen vom Staat.	12 050	28 090	34 350
4. Vermögensübertragungen vom Staat	—	410	1 580
5. Lfd. Übertragungen von der übrigen Welt	50	110	90
Bruttoeinkommen insgesamt:	81 450	179 840	233 940

<sup>a)</sup> Löhne und Gehälter der Hausangestellten und der Angestellten der „Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“.

<sup>b)</sup> Ohne unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Tabelle 4b

Steuern und andere Abführungen an den Staat sowie Übertragungen an das Ausland aus dem Einkommen der privaten Haushalte 1950, 1957 und 1960, in Mill. DM

Position	1950	1957	1960
1. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aus dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit	9 290	23 480	32 980
2. Steuern aus dem Einkommen aus Unternehmert. und Vermögen <sup>a)</sup>	2 130	6 180	8 700
3. Nicht genau zurechenbare Steuern aus den in Pos. 1 und 2 genannten Einkommen <sup>b)</sup>	2 210	3 040	4 160
4. Käufe von Verwaltungsleistungen durch private Haushalte	720	1 400	1 850
5. Vermögensübertragungen an den Staat.	20	120	310
6. Lfd. Übertragungen an die übrige Welt	0	200	690
7. Verteilte Einkommen aus unselbst. Arbeit an private Haushalte	1 660	3 160	3 880
Steuern und Übertragungen insges.:	16 030	37 580	52 570
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	65 420	142 260	181 370

<sup>a)</sup> Vgl. Wista, Heft 3/1961, S. 145; für 1960 eigene Schätzung.

<sup>b)</sup> Also Saldo ermittelt.

Tabelle 5

Das im Inland verfügbare Einkommen nach der Umverteilung durch den kapitalistischen Staat in Westdeutschland 1950, 1957 und 1960<sup>a)</sup>

Position	1950		1957		1960	
	Mill. MD	Anteil am NE <sup>b)</sup> in %	Mill. DM	Anteil am NE <sup>b)</sup> in %	Mill. DM	Anteil am NE <sup>b)</sup> in %
1. Nettoeinkommen aus unselbst. Arbeit <sup>c)</sup>	32 900	41,4	74 060	41,2	94 040	39,9
dar. Sektor „Unternehmen“ <sup>d)</sup>	26 384	33,2	60 736	33,8	77 431	32,9
2. Nettoeinkommen aus Unternehmert. u. Vermögen <sup>e)</sup>	24 090	30,3	48 430	27,0	63 140	26,8
3. Lfd. Übertrag. an private Haushalte	12 050	15,1	28 090	15,6	34 350	14,6
4. Verfügb. Einkommen des Staates <sup>f)</sup>	11 240	14,2	28 900	16,1	42 360	18,0

a) Es handelt sich hier nicht um das gesamte tatsächlich im Inland verfügbare Einkommen. Nicht berücksichtigt wurden die Umverteilungsprozesse der Positionen 4, Tabelle 4 a und 5, Tabelle 4 b sowie die Salden aus den Geldbewegungen zwischen In- und Ausland. Die Differenzen sind geringfügig; die anteilmäßige Aufgliederung dieser Geldbewegungen ist unmöglich und ihre Berücksichtigung hätte das Bild weiter verzerrt.

b) Anteil am Nationaleinkommen (NSP; vgl. Tabelle 6).

c) Die den Einkommen der Positionen 1. und 2. nicht genau zurechenbaren Steuern wurden anteilmäßig zugerechnet.

d) Die Steuern wurden anteilmäßig aufgeschlüsselt.

e) Einschließlich unverteilter Gewinne d. Unternehmen m. e. R. und der Salden aus den Vermögensübertragungen der Unternehmen von und an den Staat usw. Diese Salden betragen 1950 520 Mill. DM, 1957 1240 Mill. DM und 1960 1040 Mill. DM.

f) Es handelt sich hier um das dem Staat für Warenkäufe, Investitionen usw. zur Verfügung stehende Einkommen, also das Gesamteinkommen abzüglich der Löhne und Gehälter der Staatsangestellten usw. und abzüglich der an Unternehmen, die „übrige Welt“ und „private Haushalte“ umverteilten Beträge.

Die Differenz der Position „Investitionen“ ist dadurch entstanden, daß der Staat nur als Umverteiler und Verbraucher von Nationaleinkommen in die Berechnung einbezogen wurde. Er führt jedoch in ganz geringfügigem Maße auch in eigener Regie Investitionen durch. Insoweit ist er tatsächlich „Produzent von Nationaleinkommen“. Da die gesamte Nationaleinkommensrechnung aber sowieso nur Annäherungswerte ergibt und es sich hier um relativ winzige Summen handelt, wurden sie in die Rechnung nicht wieder einbezogen.

Anders verhält es sich bei dem sogenannten Staatsverbrauch. Diese Position der westdeutschen Statistik stellt einen völlig irreführenden Saldo des tatsächlichen Staatsverbrauches einerseits und der „Verkäufe von Verwaltungsleistungen durch den Staat“ andererseits dar. Als Staatsverbrauch kann man normalerweise die Summe ansehen, die sich aus den Entgelten für die beim Staat

*Tabelle 6*  
Die Verwendung des Nationaleinkommens in Westdeutschland  
1950, 1957 und 1960

Position	1950		1957		1960	
	Mill. DM	Anteil am NE in %	Mill. DM	Anteil am NE in %	Mill. DM	Anteil am NE in %
1. Privater Verbrauch <sup>a)</sup>	58820	74,1	118680	66,1	148440	63,0
2. „Gesellschaftlicher“ Verbrauch <sup>b)</sup>	9510	11,9	17550	9,8	26070	11,1
3. Nettoinvestitionen						
Private Investitionen	6490	8,2	23230	13,0	35440	15,1
Staatl. Investit.	2060	2,6	5850	3,3	8990	3,8
Vorräte	3670	4,6	5310	2,9	7900	3,4
4. Außenbeitrag	- 1170		+ 8730		+ 8430	
Insgesamt:	79380	100,0	179350	100,0	235270	100,0

<sup>a)</sup> Ohne Verbrauch der „Privaten Organisationen o. E.“, aber einschließlich Bekleidung und Verpflegung des Militärpersonals.

<sup>b)</sup> Staatlicher Verbrauch und Verbrauch der „Privaten Organisationen o. E.“; nur Käufe von Waren und Dienstleistungen, darin sind aber auch die Käufe langlebiger militärischer Güter eingeschlossen.

*Tabelle 7*  
Die Verwendung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts  
in Westdeutschland 1950, 1957 und 1960

Position	1950		1957		1960	
	Mill. DM	Anteil am GP in %	Mill. DM	Anteil am GP in %	Mill. DM	Anteil am GP in %
1. Verbrauch für die lfd. Produktion <sup>a)</sup>	178540	66,7	397310	66,9	501350	66,1
2. Investitionen						
a) Ersatzinvest.	9660	3,6	17530	2,9	21920	2,9
b) Neuinvest.	8550	3,2	29080	4,9	44430	5,9
c) Vorräte <sup>b)</sup>	3670	1,4	5310	0,9	7900	1,0
3. „Gesellschaftlicher“ Verbrauch <sup>c)</sup>	9510	3,6	17550	3,0	26070	3,4
4. Privater Verbrauch	58820	22,0	118680	19,9	148440	19,6
5. Außenbeitrag	- 1170		8730		8430	
Insgesamt:	267580	100,0	594190	100,0	758540	100,0

<sup>a)</sup> Etwa der produktiven Konsumtion von Elementen des zirkulierenden konstanten Kapitals gleichzusetzen.

<sup>b)</sup> Die Vorräte sind nur bedingt, soweit sie der Akkumulation von zirkulierendem konstantem Kapital dienen, als Investition zu betrachten.

<sup>c)</sup> Vgl. Anmerkungen zu Tabelle 6.

Tabelle 8: Die Verwendung des Bruttosozialprodukts in Westdeutschland 1950, 1957 und 1960

Position	1950		1957		1960	
	Mill. DM	Anteil am BSP in %	Mill. DM	Anteil am BSP in %	Mill. DM	Anteil am BSP in %
1. Privater Verbrauch	58820	67,4	118680	61,4	148440	58,9
dar. Käufe für den privaten Verbrauch von Unternehmen	58760		117320		145530	
Käufe f. d. priv. Verbrauch v. d. übrigen Welt <sup>a)</sup>	40		1170		2550	
Käufe v. gebr. Anlagen v. Unternehmen	20		190		360	
2. Käufe d. Priv. Organis. o. E. v. Unternehmen	1250		2370		3050	
3. Staatlicher Verbrauch <sup>b)</sup>	8260	9,3	15180	7,7	23020	9,0
4. Investitionen	21880	24,5	51920	26,4	74250	28,9
dar. d. Unternehmen <sup>c)</sup>	19820		46070		65260	
d. Staates <sup>d)</sup>	2060		5850		8990	
5. Außenbeitrag <sup>e)</sup>	- 1170		+ 8730		+ 8430	
Verbrauch insgesamt:	89040	100,0	196880	100,0	257190	100,0

a) Auslandsreisen, die Käufe importierter Waren sind in den Käufen von Unternehmen erfaßt.

b) Ohne staatl. Investitionen und ohne Löhne und Gehälter der Staatsangestellten.

c) Einschließlich der Vorräte.

d) Ohne militärische Investitionen.

e) Es handelt sich hierbei um den Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz. Dieser Saldo ist von dem der Zahlungsbilanz zu unterscheiden, der der Differenz zwischen NIP und NSP zugrunde liegt.

Beschäftigten, den Käufen des Staates an Waren und Dienstleistungen und den staatlichen Investitionen zusammensetzt.

Ein Vergleich dieser Tabellen mit den Ergebnissen der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung offenbart zum Teil erhebliche Unterschiede, obwohl es sich nur um eine relativ oberflächliche Neuaufbereitung des im Kontensystem gegebenen Materials handelt. Die Ursachen dieser Unterschiede bei den einzelnen Positionen lassen sich am besten an Hand der Verwendung des „Bruttosozialprodukts“ (Tabelle 8) erklären.<sup>12</sup>

Bei der Position „Privater Verbrauch“ wurde in unserer Rechnung die Doppelzählung des „Eigenverbrauchs der privaten Haushalte“ beseitigt. Ferner wurden die „Käufe von Verwaltungsleistungen durch private Haushalte“ nicht als individuelle Konsumtion bewertet, sondern vielmehr in den Umverteilungs-

<sup>12</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1961, S. 553.

Indizes der Entwicklung Nationaleinkommen, pro- sumtion, gesellschaftli- Westdeutschland		a) Gesamtprodukt, (c2), privater Kon- akkumulation in 1950 = 100	
		1957	1960
1. Gesellschaftl. Gesamtprodukt		222	283
2. Nationaleinkommen	100	225	297
3. Verbrauch für die lfd. Produktion	100	223	281
4. Privater Verbrauch	100	201	252
5. Gesellschaftl. Verbrauch <sup>a)</sup>	100	185	274
6. Investitionen			
a) Ersatzinvestitionen	100	181	226
b) Neuinvestitionen insgesamt	100	340	520
dar. priv. Neuinvest.	100	357	546
staatl. Invest.	100	284	436
c) Vorräte	100	145	215

a) Vgl. Anmerkungen zu Tabelle 6.

Tabelle 10

Der Verbrauch des westdeutschen Staates 1950, 1957 und 1960, in Mill. DM

Position	1950	1957	1960
1. Löhne und Gehälter der beim Staat Beschäftigten <sup>a)</sup>	7040	14710	18230
2. Käufe von Waren und Dienstleistungen <sup>b)</sup>	8260	15180	23020
3. Investitionen <sup>c)</sup>	2110	5830	9160
Staatl. Verbrauch insgesamt:	17410	35720	50410

a) Einschl. Sold und Verpflegung des Militärpersonals.

b) Einschl. langlebiger militärischer Güter.

c) Ohne selbsterstellte Anlagen. Die Differenz zu den Zahlen in Tabelle 8 ergibt sich daraus, daß dort die staatlichen Gesamtinvestitionen mit den staatlichen Verkäufen von Land und gebrauchten Anlagen saldiert werden. Dadurch werden die Investitionsangaben für die einzelnen Sektoren ungenau. Für die Investitionen insgesamt ist die Saldierung jedoch folgerichtig, weil und soweit die in einem Sektor auscheidenden Anlagen in einem anderen weiter verwandt werden. Ohne Saldierung ergäbe sich eine Doppelzählung.

prozeß mit einbezogen. Der Verbrauch der „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“ wurde gesondert ausgewiesen.

Die tatsächlichen Staatsausgaben sind also erheblich höher, als in der westdeutschen Rechnung angegeben. Wir weisen in unserer Rechnung als Staatsverbrauch dagegen nur die staatlichen Käufe von Waren und Dienstleistungen aus, weil der Staat hier, in der Verwendungsrechnung, nur als Verbraucher von Nationaleinkommen dargestellt wird. Die Investitionen des Staates werden bei den Gesamtinvestitionen ausgewiesen. Die Löhne und Gehälter der Staats-

angestellten gehören dagegen in die Darstellung des Umverteilungsprozesses und sind in der Verwendungsrechnung bereits in der Position „Privater Verbrauch“ enthalten.

Bei allen Vorbehalten, die man gegenüber den in diesen Tabellen ausgewiesenen absoluten und relativen Größen machen muß, sind sie dennoch recht interessant. Man kann sogar sagen, daß der kapitalistische Charakter, die hauptsächlichsten Triebkräfte und manche Besonderheiten der Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland in der Nationaleinkommensrechnung recht deutlich zum Ausdruck kommen.

Karl Marx schrieb seiner Zeit: „Man muß es nie vergessen, daß die Produktion dieses Mehrwerts — und die Rückverwandlung eines Teiles desselben in Kapital, oder die Akkumulation, bildet einen integrierenden Teil dieser Produktion des Mehrwerts — der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist.“<sup>13</sup> Und er fährt fort, den Widerspruch zwischen der durch diesen Trieb bestimmten Entwicklung der Produktion und ihrer Grenze, der Proportionalität der Produktionszweige und der Konsumtionskraft der Gesellschaft, aufzeigend: „Diese letztere (die Konsumtionskraft der Gesellschaft — R. K.) ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktivkraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter.“<sup>14</sup>

Die Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens ist gewissermaßen eine ideale Illustration zu diesen Ausführungen von Karl Marx.

Betrachtet man den Reproduktionsprozeß des Kapitals 1950 — 1960 im Spiegel der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, so zeigt sich, daß die Akkumulation des Kapitals die entscheidende Triebkraft der Entwicklung war. Insbesondere zwei Kennziffern bringen das zum Ausdruck: Erstens, die Entwicklung der privaten Nettoinvestitionen, deren Anteil am Nationaleinkommen unablässig stieg und die sich von 1950 — 1960 weit mehr als verfünffachten. Zweitens, die Entwicklung der „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“, deren Anteil am Nationaleinkommen in diesem Zeitraum sank — wie es für den Kapitalismus normal ist —, die aber absolut auf mehr als das zweieinhalbfache stiegen. Diese letztere Kennziffer macht das mit der Kapitalakkumulation verbundene Wachstum des angewandten variablen Kapitals sichtbar, also insbesondere die steigende Beschäftigung.

Die Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lassen aber ebenso auch die widersprüchliche Entwicklung der kapitalistischen Produktion erkennen. Faßt man, als die Konsumtionskraft der Gesellschaft kennzeichnend, den privaten und den „gesellschaftlichen“ Verbrauch zusammen, so zeigt der unablässig zurückgehende Anteil der Konsumtion am Nationaleinkommen, daß sich die Produktion schneller entwickelt hat als die Konsumtion. Gewiß, das ist

<sup>13</sup> Karl Marx, Das Kapital, 3. Band, Dietz-Verlag, Berlin 1951, S. 271f.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 272.

nur ein sehr grobes Bild. Es erhebt sich sofort die Frage, in welche Kategorie sind beispielsweise die staatlichen Investitionen einzuordnen usw.

Diese Fragen können hier nicht abgehandelt werden, dazu sind gesonderte und eingehendere Untersuchungen notwendig. Die staatlichen Investitionen werden in der Rubrik Investitionen belassen, obwohl ihr Wertumschlag gegenüber dem des privaten fixen Kapitals Besonderheiten aufweist, weil sie in der Regel — die militärischen Investitionen werden unter der Position staatlicher Sachverbrauch erfasst — direkt oder indirekt der Produktion dienen oder von ihrer Entwicklung entscheidend beeinflusst werden. Dabei ist aber zu beachten, daß ein zeitlich unmittelbarer Zwang zu ihrer Durchführung, aus der Produktionsentwicklung heraus, nur teilweise wirksam wird. Meist bilden sie keine unmittelbare, direkte Voraussetzung der erweiterten Reproduktion des Kapitals. Ihr Einfluß auf die zyklische Entwicklung der Produktion gleicht dem der privaten Investitionen.

An den Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird schließlich auch der staatsmonopolkapitalistische Charakter des Reproduktionsprozesses in Westdeutschland sichtbar. Auf diese Frage soll zunächst eingegangen werden, weil der ganze Verlauf des Reproduktionsprozesses ohne Beachtung der Rolle des imperialistischen Staates unverständlich bleibt. Die ökonomische Bedeutung des Staates ist gegenüber früher wesentlich gestiegen. In Westdeutschland zieht der imperialistische Staat bereits fast die Hälfte des Nationaleinkommens an sich und damit in die Verfügungsgewalt des Monopolkapitals. Der Anteil der Staatseinnahmen am Nationaleinkommen erhöhte sich in der untersuchten Periode unablässig von 41,4 Prozent 1950 auf 44,7 Prozent 1957 und 45,6 Prozent 1960.

Es ist offensichtlich, daß die Verwendung dieses Teils des Nationaleinkommens einen wesentlichen Einfluß auf die Struktur und die Entwicklung der Produktion ausübt.

Gliedert man die Staatsausgaben dahingehend auf, welche Rolle ihnen bei der Verwendung des Nationaleinkommens zukommt, so kann man feststellen, daß der größte Teil in die individuelle Konsumtion eingeht. Bei diesem Teil handelt es sich um die Löhne und Gehälter der Staatsangestellten, einschließlich der Militärs, und um Rentenzahlungen u. ä. Ausgaben. Damit kein falsches Bild entsteht, sei vermerkt, daß nur etwa die Hälfte der „laufenden Übertragungen an private Haushalte“ auf Geldleistungen aus der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, der knappschaftlichen Rentenversicherung, der sozialen Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung entfällt.<sup>15</sup> Der andere Teil entfällt auf die öffentlichen Pensionen, darunter die an Nazikriegsverbrecher, die Kriegsopferversorgung, die verschiedenen Sonderfonds, z. B. den Lastenausgleich, usw. Es handelt sich also zum größten Teil um die Einkommen parasitärer Schichten und die Folgen des Raubkrieges der deutschen Monopolbourgeoisie, die die Werktätigen zu tragen haben.

Der Anteil dieses Teils der Staatsausgaben an den Staatseinnahmen, der letzten Endes in die individuelle Konsumtion, vor allem parasitärer Schichten, fließt, verringerte sich aber von rd. 58,0 Prozent 1950 drastisch auf rd. 53,4 Prozent

<sup>15</sup> Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, a.a.O., Heft 3, 1961, S. 151.

1957 und rd. 48,9 Prozent 1960. Absolut stiegen diese Ausgaben dagegen — bis 1957 insbesondere auf Grund der Rentenentwicklung — stark an, von 1950 = 100 auf 224 1957 und 275 1960.

An der Entwicklung dieses Teils der Staatsausgaben prägt sich die besondere Lage des deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg deutlich aus — wir werden darauf weiter unten noch näher eingehen. Einerseits an dem Zwang, den Massen ökonomische Zugeständnisse zu machen und andererseits an dem ab 1957 verstärkt einsetzenden Ausbau des staatlichen Machtapparates. Letzteres kommt an der Entwicklung des staatlichen Sachverbrauches zum Ausdruck.

Der Teil der Staatsausgaben, der Verbrauch von Waren und Dienstleistungen darstellt — einschließlich langlebiger militärischer Güter —, blieb bis 1957 hinter der Entwicklung des oben angeführten Teiles zurück, erhöhte sich dann aber sprunghaft; er stieg, 1950 = 100, bis 1957 auf 183 und bis 1960 auf 277. Der Anteil dieser Ausgaben an den Staatseinnahmen fiel von 25,1 Prozent 1950 auf 18,9 Prozent 1957 und stieg dann bis 1960 wieder auf 21,4 Prozent. Diese Erhöhung ist in allererster Linie auf die verstärkt einsetzende Aufrüstung zurückzuführen.

Der restliche Teil der Staatseinnahmen dient direkt oder indirekt, in der einen oder anderen Form, der Kapitalakkumulation. Neben politischen Gründen hatte es daher auch recht zwingende ökonomische Ursachen, daß die deutsche Monopolbourgeoisie die Aufrüstung bis 1957 nicht intensiver betrieb. Aus der besonderen Lage des deutschen Imperialismus heraus waren einerseits die Akkumulationsbedürfnisse des Monopolkapitals enorm groß und andererseits ökonomische Zugeständnisse an die Werktätigen für die Monopolbourgeoisie unvermeidlich. Daher die zeitweilig nur beschränkte Ausdehnung des staatlichen Sachverbrauches. Die von Karl Marx gezeigte zusätzliche Beschränkung der gesellschaftlichen Konsumtionskraft und ihrer Entwicklung durch den Akkumulationstrieb des Kapitals machte sich bis 1957 deutlich in dieser Form bemerkbar (vgl. Tabelle 6, S. 198).

Der Anteil der staatlichen Mittel, die der Kapitalakkumulation zufließen, an den Staatseinnahmen erhöhte sich von 16,9% 1950 auf 27,7% 1957 und 29,7% 1960. Ihre Bedeutung wird noch sichtbarer, wenn man sie in Beziehung zum Nationaleinkommen setzt; ihr Anteil am Nationaleinkommen betrug 1950 6,9 Prozent, 1957 12,3 Prozent und 1960 13,5 Prozent.

Dabei wird der staatsmonopolistische Charakter dieses Fonds in seiner Aufschlüsselung (vgl. Tabelle 3b, S. 195) sogar nur ungenügend sichtbar. Von den direkt den Unternehmen zufließenden Summen wird dort mit den Subventionen, Zinsen und dergl. nur ein Teil erfaßt.<sup>16</sup> Wesentliche Teile werden hier gar nicht erkennbar, z. B. Frachtbeihilfen, Übernahme von „Soziallasten“ (die sicherlich als „lfd. Übertragungen an private Haushalte“ erscheinen) usw. Immerhin erhöhten sich die hier ausgewiesenen, den Unternehmen direkt zufließenden

<sup>16</sup> Diese Teile der Staatsausgaben werden sicherlich auch ungenau ausgewiesen. Das muß zwar noch untersucht werden. Man schätzt jedoch allein die dem Ruhrbergbau in den letzten Jahren zugeflossenen direkten und indirekten Subventionen auf etwa 2 Mrd. Mark jährlich. Das übersteigt bei weitem die oben ausgewiesene Summe. Vgl. auch „Der Spiegel“, Hamburg, Nr. 21 vom 22. 5. 1963, S. 45.

Mittel auf, 1950 = 100, 284 1957 und 423 1960. Symptomatisch für den Charakter dieses Fonds ist auch die Entwicklung des staatlichen Kapitalexports, dessen Umfang sich bis 1960 weit mehr als verfünffachte. Ein Teil dieser Mittel fließt den Monopolen weiterhin in Kreditform zu, dient ihrer Expansion durch die sogenannten Infrastrukturinvestitionen, d. h. Aufschließung der Baugelände, Verkehrs- und Nachrichteninvestitionen usw. usw.

Das westdeutsche Monopolkapital verfügt mit seinem Staat also über einen Apparat, der nicht allein ihr Herrschaftsinstrument ist, sondern den sie auch für ihre spezifischen ökonomischen Zwecke einsetzt. Der imperialistische Staat spielt eine zunehmende Rolle im Ausbeutungsprozeß selbst. Über ihn zieht die Monopolbourgeoisie Teile des Lohnes der Werktätigen — und zwar über ihren eigenen, unmittelbaren Ausbeutungsbereich hinausgehend —, des Mehrprodukts der einfachen Warenproduzenten und des Mehrwerts der nichtmonopolisierten Bourgeoisie an sich und macht sie sich sowohl zur Sicherung ihrer Herrschaft als auch für ihre Akkumulations- und Expansionsbedürfnisse nutzbar. Rund 17—30 Prozent der gesamten Staatseinnahmen erscheinen während der untersuchten Periode als ein riesiger zentraler Akkumulationsfonds der Monopolbourgeoisie.

Diese besondere Rolle des imperialistischen Staates im Ausbeutungsprozeß erklärt den auffallenden Widerspruch zwischen der Verteilungs- und Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens (vgl. Tabelle 5 und 6). Erstere weist aus, daß der Anteil der „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ am Nationaleinkommen von 1950—1960 beträchtlich gesunken, während der des für staatliche Sachausgaben und Investitionen verfügbaren Einkommens ebenso beträchtlich gestiegen ist. Normalerweise müßte sich das auch entsprechend in der Verwendungsrechnung niederschlagen. Diese, die den kapitalistischen bzw. eben den staatsmonopolistischen Charakter des ganzen Prozesses deutlicher sichtbar werden läßt, weist dagegen umgekehrt eine erhebliche Steigerung der privaten Kapitalakkumulation aus, hinter der sowohl die Ausdehnung der staatlichen Sachausgaben als auch der staatlichen Investitionen erheblich zurückgeblieben ist. Die Akkumulation des Monopolkapitals war denn auch die entscheidende Triebkraft der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Produktion.

Wenn man die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland an Hand der Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen untersucht und einschätzt, so zeigt sich, daß es die der erweiterten Reproduktion des Kapitals immanenten Triebkräfte waren, die die Produktionsentwicklung bestimmten. Sie erhielten, aus der besonderen Situation heraus, in der sich der deutsche Imperialismus befand, noch eine starke, zusätzliche Wirkungskraft; darauf ist es zurückzuführen, daß sich die Produktion in Westdeutschland schneller entwickelte, als in anderen imperialistischen Ländern.

Am Ende des zweiten Weltkrieges war der deutsche Imperialismus zerschlagen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hatte sich in der Welt und in Deutschland selber sehr erheblich verändert und veränderte sich in der nachfolgenden Periode weiter durch die Herausbildung des sozialistischen Lagers und, in Deutschland, durch die Entmachtung des Monopolkapitals in einem Teile Deutschlands. Durch die Spaltung des Landes gelang es den imperialistischen Mächten und der deutschen Monopolbourgeoisie, die Existenz des kapi-

talistischen Systems in Westdeutschland zu retten. Dort blieben die ökonomischen Wurzeln erhalten, die die Wiedererhebung des deutschen Imperialismus ermöglichten.

Aus diesem Prozeß der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus ergab sich der Umfang der Kapitalakkumulation und damit auch des Reproduktionsprozesses des fixen Kapitals als der wesentlichsten materiellen Grundlage des Produktionsaufschwunges. Unmittelbar nach der Spaltung Deutschlands und der Sicherung der Existenz des kapitalistischen Systems erstanden aus den Kriegszerstörungen, den Demontagen, den Disproportionen der westdeutschen Industrie usw. Anreize zur erweiterten Reproduktion des Kapitals. Dadurch war der erste Anstoß zur Ausdehnung der Gesamtproduktion gegeben. Danach wurde der Umfang und das Wachstum der Akkumulation von den spezifischen Bedürfnissen der Wiedererlangung und des Ausbaus der alten Machtpositionen des deutschen Monopolkapitals bestimmt. Dazu gehörte der Ersatz des fixen Kapitals, d. h. die Modernisierung der Betriebe, der Ausbau führender Industriezweige (einschließlich der entsprechenden Umstrukturierung der Konzerne) und schließlich die Exportexpansion. Eine enorme Kapitalakkumulation bildete daher Moment und zugleich Voraussetzung der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus in Westdeutschland. Durch diese spezifischen Bedürfnisse wurde die Akkumulationskraft des deutschen Monopolkapitals zugleich auch so angespannt, daß es der ökonomischen Expansion einstweilig den Vorrang vor der militärischen gab. Die Monopolbourgeoisie hatte in dieser Beziehung auch zunächst gar keine Wahl. Die Wiedererstellung des deutschen Imperialismus vollzog sich unter den Bedingungen des schärfsten Klassenkampfes. Dabei spielte vor allem eine wichtige Rolle, daß der Imperialismus in einem Teile Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik, endgültig beseitigt worden war und dort mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen wurde. Unter diesen Umständen konnte die Monopolbourgeoisie im Interesse der Sicherung und Festigung ihrer Herrschaft dem Lohnkampf der Werktätigen keinen entscheidenden Widerstand leisten; sie war zu ökonomischen Zugeständnissen gezwungen. Es ging in dieser ersten Periode über ihre Kraft, aus den Werktätigen die Kosten ihrer ökonomischen und zugleich die ihrer militärischen Expansion herauszupressen. Ab 1957 gesellte sich dann zur ökonomischen auch die verstärkte militärische Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus. Dies alles stimulierte die Entwicklung der Produktion in Westdeutschland in besonderem Maße.

Entscheidend war die Kapitalakkumulation. Sie setzte sich unmittelbar und auch indirekt — über den gesellschaftlichen Zusammenhang der Produktion — um in eine erhebliche Ausdehnung der Gesamtproduktion, die ihrerseits wiederum der Akkumulation des Kapitals neue Anregungen gab. Dieser Prozeß wird an den Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung recht einprägsam sichtbar. Vor allem an zwei Positionen: der vorrangigen Entwicklung der Investitionen und der Ausdehnung der Werkstätigen einkommen (als Ausdruck der Beschäftigungsentwicklung).

Die Investitionen, insbesondere die privaten Nettoinvestitionen, erhöhten sich weitaus schneller als alle anderen Kennziffern des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Mit den Investitionen kann man zwar nur die Entwicklung des fixen Teils des konstanten Kapitals erfassen, aber ihre Ausdehnung veranschaulicht sehr gut die Dynamik der Kapitalakkumulation und ihres Einflusses auf die

Gesamtentwicklung. Während des gesamten Zeitraumes von 1950—1960 stieg allein der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen gleichmäßig und ununterbrochen. Der Anteil der privaten Nettoinvestitionen erhöhte sich von 8,2 Prozent 1950 auf 13,0 bzw. 15,1 Prozent 1957 bzw. 1960. Allein schon von dieser Ausdehnung des Reproduktionsprozesses des fixen Kapitals gingen beträchtliche Anregungen zur Ausdehnung der Beschäftigung und der Produktion von zirkulierenden Bestandteilen des konstanten Kapitals aus.

Die Kapitalakkumulation beinhaltet aber nicht nur Ausdehnung des fixen Kapitals, sondern auch des zirkulierenden konstanten und variablen Kapitals. Von der Entwicklung aller dieser Teile strahlen wiederum Impulse auf die Gesamtentwicklung der Produktion aus. Sie wirken außerdem in ständiger Wechselwirkung aufeinander ein. Die Steigerung der Produktion von zirkulierendem konstantem Kapital beinhaltet ebenso die Ausdehnung der Beschäftigung und der Produktion von fixen Kapitalbestandteilen, wie diese wiederum die Erhöhung der Produktion von Produktionsmitteln anregt. Alle diese Zusammenhänge werden in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen direkt nicht sichtbar. Wie stark aber jede Erhöhung der Investitionen oder der Konsumtion auf die Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln (cz) wirken muß, zeigen die Größenrelationen des gesellschaftlichen Gesamtproduktes (Tabelle 7). Rund 66 Prozent des Gesamtproduktes besteht aus Elementen des zirkulierenden konstanten Kapitals. Die Größenrelation bleibt auch eindrucksvoll genug, wenn wir der Schätzung die Materialverbrauchskennziffer der DDR-Statistik von rund 40 Prozent zugrunde legen.

Etwas genauer läßt sich die mit der Akkumulation des Kapitals verbundene Entwicklung der Beschäftigung und damit der Konsumtionskraft der Werktätigen nachweisen. Die Zahl der „unselbständig Tätigen“ in der westdeutschen Volkswirtschaft erhöhte sich von 100 1950 auf 134 1957 und 142 1960.<sup>17</sup> Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die der Werkstätigeneinkommen und damit die Stimulierung der Produktion war aber weitaus größer, als es hier in den Beschäftigtenzahlen zum Ausdruck kommt. Das „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ im Sektor „Unternehmen“, wie es in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen wird — also einschließlich eines beachtlichen Anteils von Kapitalrevenue — erhöhte sich von 1950—1957 um rund 130 Prozent und bis 1960 nochmals um rund 27 Prozent. Der Anteil dieses Einkommens am Nationaleinkommen erhöhte sich von 33,2 Prozent 1950 leicht auf 33,8 Prozent 1957 und sank erst dann rapide unter den Stand von 1950, auf 32,9 Prozent 1960. Für diese Entwicklung waren hauptsächlich drei Gründe ursächlich.

Erstens war die Kapitalakkumulation vor allem Akkumulation des Monopolkapitals, d. h. mit ihr war auch eine, den Konzentrationsprozeß begleitende, Strukturveränderung der westdeutschen Volkswirtschaft verbunden, die an der Oberfläche bereits darin ihren Ausdruck findet, daß sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten weit überdurchschnittlich erhöhte; von 1950 = 100 auf 150 1957 und 158 1960.<sup>18</sup> In der Industrie liegen die Löhne aber höher als in

<sup>17</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1955, S. 119, 1959, S. 121 und 1961, S. 147.

<sup>18</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1961, S. 208.

den anderen Bereichen. Zweitens: Als wichtiges Moment muß man betrachten, daß das Lohnniveau in Westdeutschland 1950 — als Folge der unerhörten Verelendung der Werktätigen während und unmittelbar nach dem Kriege — außergewöhnlich niedrig war und weit unter dem zur normalen Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Stand lag. Erst 1955 wurde das Vorkriegsniveau des Reallohnes annähernd wieder erreicht. Drittens: Ein wichtiges Moment war die geschwächte Stellung der Monopolbourgeoisie im Lohnkampf durch die in bisher ungekanntem Maße labile Lage des imperialistischen Systems und den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

Der letzte Punkt spielt für die Entwicklung der Masseneinkommen ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Es wäre jedoch verkehrt, sie allein darauf zurückzuführen. Die Gesamtsituation der Arbeiterklasse war während dieser Periode für den Lohnkampf relativ günstig. Die Beschäftigung nahm durch die Akkumulation des Kapitals zu, und zwar in besonders starkem Maße, weil die Entwicklung der Produktivkräfte bis 1957 durch die kapitalistische Zersplitterung der Produktion verhältnismäßig stark gehemmt wurde. Infolgedessen verringerte sich die industrielle Reservearmee und ab 1957 machte sich sogar zunehmend ein Arbeitskräftemangel bemerkbar. Ferner verfügte die westdeutsche Arbeiterklasse über starke, einheitliche Gewerkschaften usw. Alle diese Faktoren spielten eine große Rolle und zu ihnen traten als neue, wirksame Faktoren der Einfluß der DDR und die Veränderung des Gesamtkräfteverhältnisses noch hinzu.

Hinzu kommt weiterhin, daß die Monopolbourgeoisie bislang auch zu einem entscheidenden Widerstand gegen den Lohnkampf der Werktätigen noch gar nicht unmittelbar gezwungen war. Erstens, weil der niedrige Ausgangspunkt des Lohnniveaus ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sicherte. Zweitens und vor allem aber, weil sich trotz der Ausdehnung der Gesamtlohnsumme der Ausbeutungsprozeß ununterbrochen verstärkte. Das zeigt sich daran, daß sich der bis 1957 geringfügig gestiegene und bis 1960 sogar relativ stark gesunkene Anteil der „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ im Sektor „Unternehmen“ am Nationaleinkommen jeweils auf eine sehr viel größere Zahl von Beschäftigten verteilte. Drittens schließlich — und das ist besonders interessant — weil die Monopolbourgeoisie, gewissermaßen als Ausgleich, die Ausdehnung der parasitären Schichten in bestimmten Grenzen hielt, so daß sich der Anteil des gesamten „Nettoeinkommens aus unselbständiger Arbeit“ am Nationaleinkommen von 41,4 Prozent 1950 auf 41,2 Prozent 1957 und 39,9 Prozent 1960 verringerte. Hier zeigt sich also ein ähnlicher Einfluß des Akkumulationstriebs des Kapitals, wie er oben schon an der Entwicklung des staatlichen Sachverbrauchs sichtbar wurde.

In jedem Falle schuf die Entwicklung der Beschäftigung und entsprechend der Masseneinkommen eine breitere Basis für die Gesamtentwicklung der Produktion. War das anfänglich unerhört niedrige Lohnniveau die Quelle der enormen Akkumulation des Monopolkapitals, so mußte seine Veränderung ihrerseits Antrieb zur weiteren Kapitalakkumulation und damit Ausdehnung der Produktion werden.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Produktion in der Zeit von 1950 — 1960 war schließlich auch der Export. In dem in den Tabellen ausgewiesenen sogenannten „Außenbeitrag“, der nur den Außenhandels-

überschuß, bzw. 1950 das Defizit, ausweist, wird die Bedeutung des Exportes nicht voll sichtbar. Die folgenden Größen vermitteln ein besseres Bild.

Tabelle 11

Der Export Westdeutschlands 1950, 1957 und 1960, in Mill. DM, und seine Größe im Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt und zum Nationaleinkommen, in Prozent; Index der Exportentwicklung 1950 = 100

	1950	1957	1960
1. Export in Mill. DM <sup>a)</sup>	11 810	52 320	68 770
2. Größe im Verhältnis zum ges. Gesamtprod. in %	4,4	8,8	9,1
3. Größe im Verhältnis zum Nationaleinkommen in %	14,9	29,1	29,2
4. Index	100	443	582

<sup>a)</sup> Quelle: Stat. Jahrbuch f. d. Bundesrepublik, a. a. O., 1962, S. 557; „Verkäufe an die übrige Welt“ des „Sektors Unternehmen“.

Der Export dehnte sich also, besonders bis 1957, sehr viel schneller aus als selbst die privaten Nettoinvestitionen oder gar der private und „gesellschaftliche“ Verbrauch. Sein Umfang kennzeichnet u. a. den Grad, in dem die Produktion, bei dem gegebenen Stand der Produktivkräfte und der Konzentration der Produktion, über die nationalen Grenzen Westdeutschlands hinausgewachsen ist. Aus diesem Grund bildete die Exportoffensive des deutschen Monopolkapitals eine wesentliche Voraussetzung der Wiedereroberung seiner alten Machtpositionen. Ohne die Exportexpansion war auf längere Sicht weder die profitable Ausnutzung der gegebenen Produktivkräfte noch eine breitere Einführung der modernen Technik möglich. Von ihrem Erfolg, von der Eroberung und Sicherung ausländischer Märkte, hing daher die ökonomische Stärke und die internationale Konkurrenzkraft des westdeutschen Monopolkapitals sehr wesentlich ab.

Wir können auf die Bedeutung des Exports hier nur hinweisen. Soviel ist noch zu sagen: Durch den Umfang des Exports wird die Bedeutung der anderen, bisher angeführten Prozesse für die Entwicklung der Gesamtproduktion nicht wesentlich vermindert — sie bleiben entscheidend. Durch die Einbeziehung des Außenhandels verlagert sich das ganze Geschehen gewissermaßen auf eine größere, übernationale Ebene. Aber diese anderen Faktoren und Prozesse hätten nicht in dem Maße wirksam werden können, wie dies der Fall war, wenn die Exportexpansion des westdeutschen Monopolkapitals erfolglos geblieben wäre. Diese Expansion stimulierte die weitere Reproduktion beträchtlich, und sie trug dazu bei, daß sich die Basis für eine breitere Einführung moderner Produktionsinstrumente und Produktionsverfahren herausbildete, denn ein großer und relativ sicherer Markt ist die Voraussetzung der profitablen Anwendung moderner Massenproduktionsverfahren. Sie trug so auch wesentlich dazu bei, daß trotz der Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion bis 1957 Faktoren entstanden, die den weiteren Aufschwung stimulierten.

Wie die Zahlen der Verwendungsrechnung (Tabelle 6) ausweisen, hatten sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion bis 1957 schon in beachtli-

chem Maße entfaltet. Das zeigt sich nicht allein an dem bis dahin von 86,0 Prozent drastisch auf 75,9 Prozent gesunkenen Anteil des privaten und „gesellschaftlichen“ Verbrauchs am Nationaleinkommen, sondern auch an anderen Kennziffern. Die Zunahme der staatlichen Kapitalexporte ist ein Zeichen dafür, daß sich bereits relativ überschüssiges Kapital herauszubilden begann. Auch der Exportüberschuß hatte schon ein sehr hohes Niveau. Exportüberschuß und Vorräte an Fertigerzeugnissen erreichten 1957 immerhin die Höhe von 6 Prozent des Nationaleinkommens. Die disproportionale Entwicklung wird in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an der Investitionsentwicklung sichtbar, die die übermäßige Ausdehnung der entsprechenden Industriezweige zum Ausdruck bringt. Daraus läßt sich wiederum auf die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln ganz allgemein schließen. Führt der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals durch die Umschlagsbesonderheiten dieser Elemente bereits gesetzmäßig zur übermäßigen Ausdehnung der entsprechenden Zweige, so wurde dieser Prozeß durch die Exportexpansion noch verstärkt. Der Anteil der Elemente des fixen Kapitals am schnell wachsenden Gesamtexport erhöhte sich von rund 43,9 Prozent im Jahre 1950 auf rund 60,7 Prozent 1957 und rund 61,8 Prozent 1960.<sup>19</sup>

Dennoch kam es nicht zu einem schärferen, langandauerndem Aufklaffen der Widersprüche der kapitalistischen Produktion. Verschiedene Gründe sind dafür ursächlich. Als wichtigste Ursache ist die anhaltende Kapitalakkumulation zu nennen. Sie erhielt hauptsächlich durch zwei Faktoren Anregungen: Erstens, durch die nunmehr stärker einsetzende Entwicklung der Produktivkräfte, die den Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals stimulierte. Zweitens, durch die nunmehr schneller steigenden staatlichen Ausgaben, d. h. sowohl der staatlichen Investitionen als auch des staatlichen Sachverbrauchs.

Bis 1957 hatte die erweiterte Reproduktion des Kapitals noch nicht zu einer breiten Einführung der modernsten Produktionsinstrumente und -verfahren in die Produktion geführt. Neue, umwälzende technische Verfahren waren in der Zwischenzeit aber bereits vereinzelt und zögernd eingeführt worden, besonders in den sich am schnellsten ausdehnenden Zweigen. Ihrer breiten Anwendung standen die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingten Schranken entgegen; vor allem die Zersplitterung der Produktion, durch die die Fertigungsreihen den für die profitable Anwendung der neuen Massenproduktionsverfahren notwendigen Umfang nur schwer erreichen konnten. Auf jeden Fall aber hatten diese technischen Verfahren bereits vor 1957 eine Produktionsreife erlangt, die ihre breite Anwendung technisch durchaus ermöglichte.

Jeder Anstoß, den die Entwicklung der Produktivkräfte erhielt, mußte daher der Kapitalakkumulation neuen Auftrieb geben. Bis 1957 hatte sich eine Vielzahl derartiger Faktoren angesammelt. Sie können hier nur stichwortartig erwähnt werden. Erstens hatten erweiterte Reproduktion und Exportexpansion zu einer Produktionsausdehnung geführt, die die Grundlage zu einer profitablen Anwendung der modernen Produktionsverfahren bot. Zweitens hatte der erfolgreiche Kampf der Arbeiter dazu geführt, daß das westdeutsche Lohnniveau sich dem in den hauptsächlich imperialistischen Ländern anglich. Drittens er-

<sup>19</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1952, S. 243 ff., 1961, S. 304 und 1963, S. 316.

kämpften sich die Arbeiter 1957 Arbeitszeitverkürzungen. Viertens machte sich ab 1957 ein zunehmender Arbeitskräftemangel bemerkbar, so daß das Kapital in der Folgezeit, als die Produktion wieder stärker stieg, zu weiteren Lohnzugeständnissen bereit sein mußte. Schließlich, fünftens, wurde 1957 der Vertrag über die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ unterzeichnet. Die Beseitigung bestimmter nationalstaatlicher Schranken mußte einerseits zu einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz führen, sie entfernte andererseits Hemmnisse, die bisher der weiteren Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, d. h. der Entwicklung der Produktivkräfte im Wege standen. Für den Erfolg des Konkurrenzkampfes im EWG-Raum mußte die ökonomische Stärke der Konkurrenten nach und nach an Bedeutung gewinnen.

Die Einführung der modernen Technik setzte daher in breitem Maße erst ab 1957 ein. An Hand der Kennziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das nur indirekt sichtbar. Es zeigt sich daran, daß sich erst ab 1957 das Nationaleinkommen — also der Neuwert — wesentlich schneller ausdehnte als das gesellschaftliche Gesamtprodukt (vgl. Tabelle 9, S. 200). Weiter zeigt es sich an dem relativen Rückgang der Werkträgereinkommen bei steigendem Nationaleinkommen. Die breitere Einführung moderner Technik bewirkte, daß die Investitionen 1957/58 auf hohem Niveau stagnierten und anschließend weiter erheblich stiegen. Der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals blieb daher von seinem Umfang und seiner Entwicklung her die entscheidende Triebkraft der Produktionsausdehnung.

Hinzu kam die Steigerung der Staatsausgaben. Absolut gesehen war die Erhöhung der staatlichen Sachausgaben ab 1957 von größerer Bedeutung als die der staatlichen Investitionen. Letztere entwickelten sich aber schneller. Das war hauptsächlich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die sogenannte „Infrastruktur“, die seit 1937/38 nur im notwendigsten Maße entwickelt worden war, den veränderten Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion anzupassen. Die Steigerung des staatlichen Sachverbrauchs ist dagegen in erster Linie der Aufrüstung zuzuschreiben. Nachdem das deutsche Monopolkapital seine alten ökonomischen Machtpositionen wiedererobert hatte, ging es nunmehr dazu über, auch seine alte militärische Machtposition wieder zu errichten, sowohl um sein Gewicht innerhalb des imperialistischen Lagers zu erhöhen, als auch um seine revanchistischen Expansionsbestrebungen durchsetzen zu können.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß die Beschäftigung von 1957 bis 1960 nochmals um rund 6 Prozent stieg. Auch die absolute Summe der Masseneinkommen erhöhte sich weiterhin nicht unbeträchtlich. Allerdings prägt sich sogar in den westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die relative Entwicklung der verschiedenen Größen nur sehr verzerrt wiedergibt, ein verhältnismäßig scharfer Rückgang des Anteiles der Masseneinkommen am Nationaleinkommen aus, d. h. trotz der Steigerung der Masseneinkommen verstärkte sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte die Ausbeutung sehr viel schneller als im vorangegangenen Zeitraum.

Obgleich sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion bis 1957 entfalteteten, waren die mit der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus zusammenhängenden Faktoren, die die Produktionsausdehnung stimulierten, noch nicht erschöpft, bzw. es hatten sich neue Faktoren herausgebildet, die den wei-

teren Aufschwung anregen. Aber das Bild der Gesamtentwicklung war nach 1957 ein anderes als vorher.

Tabelle 12

Indizes der Entwicklung verschiedener Kennziffern  
des Nationaleinkommens 1950—1957 und 1957—1960;  
1950 und 1957 jeweils = 100

	1950	1957	1957	1960
Private Nettoinvestitionen	100	357	100	152
Staatliche Investitionen	100	284	100	152
Nationaleinkommen	100	225	100	131
Staatl. Sachverbrauch <sup>a)</sup>	100	185	100	148
Nettoeink. aus unselbst. Arbeit	100	225	100	127
Lfd. Übertr. an private Haush.	110	232	100	122

a) „Gesellschaftlicher“ Verbrauch.

In beiden Zeiträumen erscheint als entscheidendes Moment der Produktionsausdehnung die Entwicklung der Investitionen, wobei die staatlichen Investitionen in der ersten Periode weit langsamer stiegen als die privaten Nettoinvestitionen. Bei den Masseneinkommen einerseits und dem staatlichen Sachverbrauch<sup>20</sup> andererseits kehrt sich die Entwicklung in den beiden Perioden jedoch um. Im Gegensatz zur Zeit von 1950—1957 bleibt 1957—1960 die Entwicklung der Masseneinkommen hinter der des Nationaleinkommens zurück, während ein schnell wachsender Teil desselben von der Monopolbourgeoisie dem parasitären Verbrauch zugeführt wird. Dementsprechend sinkt der Anteil des privaten Verbrauchs am Nationaleinkommen von 66,1 Prozent 1957 auf 63,0 Prozent 1960 und der des Staatsverbrauchs steigt von 9,8 auf 11,1 Prozent. Faßt man den staatlichen und den privaten Verbrauch zur Gesamtkonsumtion zusammen, so wurde der relative Rückgang der Gesamtkonsumtion durch den steigenden Staatsverbrauch nach 1957 abgebremst; ihr Anteil am Nationaleinkommen sank von 86,0 Prozent 1950 auf 75,9 Prozent 1957 und dann nur auf 74,1 Prozent 1960.

Es scheint also zunächst so, als hemme der wachsende Staatsverbrauch die Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion, indem er das Zurückbleiben der Konsumtion hinter der Produktionsausdehnung verringert. Das ist in gewissem Sinne auch der Fall. Vor allem, weil dadurch größere Teile der Gesamtkonsumtion auf Produktionszweige verlagert werden, die sich gesetzmäßig übermäßig entwickeln und deren Erzeugnisse normalerweise nicht oder nur beschränkt in die individuelle Konsumtion eingehen können.

Tatsächlich wird dadurch zwar das offene Aufklaffen der Widersprüche zeitweilig verhindert, aber zugleich ihre Entfaltung verstärkt. Das ist zumindest dann der Fall, wenn der steigende parasitäre Verbrauch gleichzeitig der Akkumulation des Kapitals neuen Auftrieb verleiht, weil ihr Schwerpunkt dann

<sup>20</sup> Es handelt sich um den sogenannten „gesellschaftlichen“ Verbrauch. Da jedoch in dieser Kennziffer der staatliche Sachverbrauch den weitaus größten Anteil hat und vor allem die Entwicklung dieser Kennziffer bis 1960 wesentlich bestimmte, sprechen wir im folgenden Abschnitt nur vom staatlichen Sachverbrauch.

gerade verstärkt in die sich übermäßig entwickelnden Zweige verlegt wird. Eben dies zeigen die Zahlen der Tabelle 12 auch an. Gleichzeitig muß sich das relative Zurückbleiben der Massenkonsumention hinter der Produktionsentwicklung beschleunigen. Auch dies wird in den Tabellen ersichtlich. Es ist auch theoretisch klar. Staatsverbrauch und Akkumulation des Kapitals werden aus dem Mehrwert gespeist. Beide können nur dann gleichzeitig steigen, wenn sich der Mehrwert erhöht. Ihre Steigerung muß sich also — bestenfalls — in einer Senkung des Anteils der werktätigen Massen am Nationaleinkommen auswirken.

Die Verlagerung des Schwergewichts der Kapitalakkumulation auf die sich bereits gesetzmäßig übermäßig entwickelnden Zweige ist an der Produktionsentwicklung deutlich ablesbar. Während die Produktion der Investitionsgüterindustrien von 1950—1957 um 151 Prozent stieg, erhöhte sich die der Verbrauchsgüterindustrien und der Nahrungs- und Genußmittelindustrien um 85 bzw. 93 Prozent. Die Investitionsgüterindustrien entwickelten sich also knapp doppelt so schnell, wie die Konsumgüterindustrien. Von 1957—1960 stieg die Produktion der Investitionsgüterindustrien um rund 34 Prozent, die der Verbrauchsgüterindustrien um rund 14 Prozent, die der Nahrungs- und Genußmittelindustrien um rund 11 Prozent, d. h. die Investitionsgüterindustrien entwickelten sich fast im dreifachen Tempo wie die Konsumgüterindustrien.<sup>21</sup> Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion entfalten sich also trotz des steigenden Staatsverbrauchs, zumindest in ihren entscheidenden Seiten und obwohl ihr offenes Aufklaffen hinausgeschoben wird.

Etwas anders ist dies Problem gelagert, wenn die normalen Auftriebsfaktoren der kapitalistischen Konjunktur erschöpft sind und die Erhöhung des staatlichen Verbrauchs nur den Rückgang der Investitionen oder der privaten Konsumtion ausgleichen soll, um die Folgen abzufangen, die sich daraus — in Kettenreaktion — für die gesamte Produktionsentwicklung ergeben. Dieser Situation scheint sich der Reproduktionsprozeß des Kapitals in Westdeutschland gegenwärtig zu nähern und das ist zugleich das Besondere an der gegenwärtigen Entwicklung im Vergleich zu den Krisenerscheinungen der Jahre 1952/53 und 1957/58. Es handelt sich also faktisch um die Frage, kann der Imperialismus durch parasitären Verbrauch eines Teils des enorm hohen Mehrwerts Wirtschaftskrisen verhindern.

Das Material der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen reicht nicht aus, um zu dieser Frage mehr als hinweisende Aussagen zu machen. Man muß bedenken, daß sich unter diesen Umständen die gesamte wirtschaftliche Situation verändert, und diese Veränderungen sind in ihrer Bedeutung und ihrem Umfang aus dem bisherigen Material nicht vorausschätzbar. Erreicht die Entfaltung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt und die disproportionale Entwicklung der Produktion einen solchen Höhepunkt, daß der Fall der Profitrate einsetzt — und das war in Westdeutschland bis 1962 in größerem Umfang nicht der Fall —, so ergeben sich völlig neue Momente, die sich sowohl auf die Kapitalakkumulation als auch auf die Entwicklung des staatlichen Verbrauchs auswirken müssen. Diese Auswirkungen und ihr Einfluß sind beim gegenwärtigen Stand der Untersuchungen noch nicht abzuschätzen. Immerhin

<sup>21</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1961, S. 224.

ergeben sich aus den Größenordnungen, die die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen offenbaren, auch zu dieser Frage einige Hinweise.

Vergleichen wir einige Größen. Die Summe des Staatsverbrauchs war 1960 um 8520 Mill. DM höher als 1957, einschließlich der staatlichen Investitionen sogar um 11600 Mill. DM. In der gleichen Zeit stiegen die privaten Nettoinvestitionen um 12210 Mill. DM, die privaten Bruttoinvestitionen sogar um 16570 Mill. DM. Der Export erhöhte sich um 16450 Mill. DM. Die „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ um 19980 Mill. DM und der gesamte private Verbrauch um 29760 Mill. DM.

Gewiß ist sowohl die Steigerung der Kapitalakkumulation als auch des privaten Verbrauchs zu einem Teil der Auswirkung des erhöhten Staatsverbrauchs auf die Entwicklung der Produktion zuzuschreiben. Aber ebenso gewiß ist auch, daß die Kapitalakkumulation — in der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, in der Erhöhung des privaten Verbrauchs usw. — einen von der Steigerung des Staatsverbrauchs unabhängigen Stimulus besaß, der sehr wesentlich auf die Entwicklung der Produktion einwirkte. Die Bedeutung der Erhöhung des staatlichen Verbrauchs lag also wesentlich darin, daß sie *zusätzlich* zu den anderen Auftriebsfaktoren wirkte.

Was aber geschieht, wenn die Widersprüche der kapitalistischen Produktion sich voll entfalten? Wenn nicht nur Teilkrisen auftreten, die durch den Aufschwung in anderen Bereichen wettgemacht werden? Wenn der Export zurückgeht? Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte einen Punkt erreicht hat, an dem die Ausdehnung der Beschäftigung einem Rückgang Platz macht, oder wenn die Konzentration der Produktion durch Vernichtung von Produktivkräften zur Voraussetzung der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte wird? Was geschieht wenn die Profitrate fällt und der Akkumulationsdrang daraufhin erlahmt. Dieser Fall ist bisher noch nicht eingetreten, obgleich Anzeichen in dieser Richtung erkennbar werden. Man kann lediglich versuchen, den Einfluß staatlicher Ausgaben unter diesen Umständen durch eine modellartige Rechnung abzuschätzen.

Die Grundlage einer solchen Schätzung kann die Entwicklung im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie geben. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß die Krise in diesen Zweigen nicht in voller Schärfe zur Auswirkung kommt, weil das allgemeine Produktionsniveau sich weiter erhöht hat. Die Entwicklung in beiden Zweigen läßt jedoch interessante Schlüsse zu.

Im Kohlenbergbau setzte die Krise 1957 ein und sie dauert bis zur Gegenwart an. Infolge des weitergehenden allgemeinen Aufschwunges ist die Produktion seither nur verhältnismäßig geringfügig zurückgegangen. Die Investitionsentwicklung zeigt mit einem Rückgang der Investitionen um etwas mehr als 10 Prozent von 1957 — 1961 auch nicht den ausgeprägt scharfen Rückgang, der für den Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals in der Krise typisch ist. Neben der gleichbleibenden Produktionshöhe ist dies in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die moderne Technik im Kohlenbergbau bis 1957 nur in sehr geringem Maße eingeführt worden ist. Erst die Krise löste einen starken Rationalisierungsprozeß aus, der deshalb den Umfang der Investitionen auf relativ hohem Niveau hielt. Das Zusammenfallen von stagnierender Produktion — also dem Ende des Aufschwunges in diesem Zweig — und scharfen Rationalisierungs-

maßnahmen führte jedoch zu einem starken Beschäftigungsrückgang. Die Zahl der Beschäftigten sank im Bergbau von 1957—1962 um rund 25 Prozent.<sup>22</sup>

Mit diesem Beschäftigungsrückgang erhalten wir einen Größenmaßstab für die Entwicklung bei offenem Aufklaffen der Widersprüche der kapitalistischen Produktion. der zweite ergibt sich, wenn man die Eisen- und Stahlindustrie betrachtet. In diesem Zweig machten sich 1957/58 ebenfalls Krisenerscheinungen bemerkbar und von 1957—1959 gingen die Investitionen um rund 14 Prozent zurück. Ab 1958 und bis 1960/61 stieg die Produktion infolge der weiterhin steigenden allgemeinen Kapitalakkumulation jedoch erneut relativ stark und 1960/61 erhöhten sich auch die Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie wieder erheblich. Hier dienten die Investitionen ebenfalls der breiten Einführung moderner Produktivkräfte in die Produktion. Dieser Prozeß war aber von einer Ausdehnung der Produktion begleitet und deshalb prägte sich in diesem Zweig kein starker Beschäftigungsrückgang aus. Auch das erneute Auftreten der Krisenerscheinungen 1961/62 führte noch nicht zu einem starken Rückgang der Beschäftigung.

In der Eisen- und Stahlindustrie wird jedoch ein neuer Faktor erkennbar. Bis 1961 wurde der Investitionsprozeß und die Entwicklung der Produktivkräfte dadurch bestimmt, daß jede Konzerngruppe ihre Anlagen erweiterte und in einem durch die Kapitalverwertung bestimmten Maße modernisierte. Unter den Bedingungen der Monopolherrschaft und staatsmonopolkapitalistischer Maßnahmen konnte jede Konzerngruppe bei der erweiterten Reproduktion zeitweilige Überkapazitäten in sogar relativ großem Ausmaße durchaus in Kauf nehmen. Nunmehr, mit der Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt für diesen Bereich, ist die mit der Einführung moderner Produktionsverfahren verbundene Kapazitätserweiterung aber so groß, daß sie, von einer einzelnen Konzerngruppe allein durchgeführt, die Kapitalverwertung ernsthaft zu beeinträchtigen droht. Die Errichtung neuer, moderner Anlagen, der Übergang zu höheren Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsstufen, erzwingt entweder die Stilllegung alter Kapazitäten — ein Prozeß, der im Bergbau seit 1958 im Gange ist — oder sie ist nur noch von mehreren Konzernen gemeinsam durchführbar, die zusammen die Auslastung der neuen Anlagen in gewissem Maße garantieren können. Mit anderen Worten, die weitere Entwicklung der Produktivkräfte beginnt erneut fühlbar auf die Schranken zu stoßen, die ihr durch die Zersplitterung der kapitalistischen Produktion gesetzt sind. Unter dem Druck der Überkapazitäten einerseits und der Verschärfung der internationalen Konkurrenz andererseits, die die Entwicklung der Produktivkräfte erzwingt, schlossen bereits eine Reihe von Konzernen Verträge über die Koordinierung ihrer Investitionen und die gemeinsame Ausnutzung neuer, moderner Anlagen.<sup>23</sup> Durch diesen Prozeß muß sich die Gesamtsumme der Investitionen in der Tendenz drastisch verringern und sich die Erscheinung zeigen, die für den Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals zu Beginn der Krise so typisch ist. Die tatsächliche Investitionsentwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie in Westdeutschland, soweit Angaben darüber vorliegen, läßt dieses Bild noch nicht erkennen. Aber

<sup>22</sup> Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die BRD, a.a.O., 1959, S. 171, 1961, S. 209 und 1963, S. 222.

<sup>23</sup> Vgl. „Die Welt“, Hamburg, vom 30. 3. 1962, S. 11 und vom 28. 9. 1962, S. 9.

die Größenordnungen, um die es sich dabei handelt, werden bereits in den Meldungen der Hohen Behörde der Montanunion sichtbar. Die Investitionsmeldungen der Kohle- und Stahlunternehmungen in der Montanunion für das erste Halbjahr 1962 sind bereits um mehr als 50 Prozent niedriger gewesen als im ersten Halbjahr 1961; bei Walzwerken, wo die Überkapazitäten besonders groß sind, sogar um fast zwei Drittel niedriger.<sup>24</sup>

Überträgt man diese Verhältniszahlen auf die Kennziffern des Nationaleinkommens, so bedeutet es, an den Zahlen für 1960 gemessen, daß die privaten Bruttoinvestitionen — und dies ist die Größe, mit der der Staatsverbrauch in erster Linie zu messen ist, wenn man seinen Einfluß abschätzen will — um rund 28000—38000 Mill. DM sinken würden. Das ist etwa das Dreifache des Betrages, um den der Staatsverbrauch einschließlich der Investitionen von 1957—1960 gestiegen ist und etwa das Drei- bis Vierfache der gesamten staatlichen Investitionen im Jahre 1960. Darüber hinaus aber würde ein solcher Rückgang der Investitionen auch einen Rückgang der Gesamtproduktion und der Konsumtion zur Folge haben. Nimmt man einen Beschäftigungsrückgang von nur 20 Prozent an, so entspräche dem ein Rückgang der Werkträgereinkommen um rund 15500 Mill. DM. Das ist fast doppelt so viel wie der staatliche Verbrauch, ohne Investitionen, von 1957—1960 gestiegen ist; d. h. selbst ein Beschäftigungsrückgang um nur 10 Prozent würde die Steigerung des Staatsverbrauchs in diesem Zeitraum bereits wettmachen.

Während der Weltwirtschaftskrise von 1929—1933 sank die industrielle Produktion um etwa 45 Prozent, die Investitionen erheblich mehr als oben angenommen. Nehmen wir bloß einen durch die sinkenden Investitionen induzierten Rückgang der Gesamtproduktion um 20 Prozent an, so macht das eine Summe von etwa 150000 Mill. DM aus, also weit mehr als die gesamten Staatseinnahmen des Jahres 1960.

Es ist offensichtlich, daß ein scharfer allgemeiner Rückgang der Kapitalakkumulation — vor allem, wenn er international in Erscheinung tritt — durch eine Steigerung der Staatsausgaben nicht auszugleichen ist. Das ist auch der Grund, weshalb die bürgerlichen Konjunkturpolitiker ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die Akkumulation des Kapitals anzuregen bzw. den Ersatz seines fixen Bestandteiles zu stimulieren.

In diesem Zusammenhang ist es ohne Zweifel bedeutsam, daß die Monopoulbourgeoisie heute relativ sehr große Mittel zu diesen Zwecken einsetzen kann. Zählt man die Summen zusammen, die vom imperialistischen westdeutschen Staat zur Stimulierung der Kapitalakkumulation bzw. zur Milderung der Folgen der anarchischen Produktionsentwicklung verwandt werden, so erreichten sie 1960 eine Höhe, die annähernd der der privaten Nettoinvestitionen entsprach.

Man muß jedoch bedenken, daß auch der Einsatz dieser Mittel anarchisch erfolgt — im Nachhinein, je nachdem, wie und wo die Widersprüche der kapitalistischen Produktion aufbrechen oder die Bedürfnisse des Monopolkapitals es erfordern. Sie sind in gewissem Umfange also stets gebunden und die Mittel, die für zusätzliche Bedürfnisse eingesetzt werden können, sind sehr viel geringer als der Umfang des Gesamtfonds. Darüber hinaus verstärkt ihr Einsatz zugleich die Entfaltung der Widersprüche und je stärker diese fortschreitet, um

<sup>24</sup> Vgl. „Die Welt“, a.a.O., vom 31. 8. 1962, S. 9.

so größer muß auch der Teil der staatlich zentralisierten Mittel sein, der zu ihrer „Milderung“ eingesetzt werden muß. Es ist anzunehmen, daß dadurch im Endeffekt selbst diese gewaltigen Mittel nicht mehr ausreichen, um den Rückgang der Investitionen zu verhindern — nämlich dann, wenn dieser Prozeß dazu geführt hat, daß sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion allgemein, allseitig und im Rahmen des gesamten imperialistischen Lagers entfaltet haben. Die Tatsache, daß der Einsatz dieser Mittel in der bisherigen Nachkriegsentwicklung die Produktion stimulierte, widerspricht dieser Annahme nicht, weil sie zusätzlich zu den der kapitalistischen erweiterten Reproduktion immanenten Auftriebskräften wirkten.

Mit diesen Vergleichen ist das Problem der Einwirkung des Staatsverbrauchs, d. h. des parasitären Konsums überhaupt, auf die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktion keineswegs erschöpfend behandelt. Das ist, ausgehend von dem Material der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, auch gar nicht möglich. Sie bieten nur die Möglichkeit, Gesamtgrößen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses festzustellen und daraus gewisse Schlüsse abzuleiten. Die Lösung so komplizierter Fragen macht speziellere Untersuchungen notwendig. Wir hoffen aber, gezeigt zu haben, daß die Gesamtgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, so verzerrt sie auch sind, interessante Zusammenhänge sichtbar werden lassen und daß ihre Beachtung notwendig ist, wenn die Bedeutung bestimmter Einzelprozesse des Reproduktionsprozesses des Kapitals im Imperialismus für den Gesamtprozeß eingeschätzt werden soll.